



Fédération des Magistrats,
des Enseignants et du Personnel
de l'Etat du Valais

Zentralverband der Magistraten,
der Lehrerschaft und des Personals
des Staates Wallis

GROSSER RAT

INFORMATION

KONTAKT

027 323 40 43
stephane.pont@fmep.ch
www.fmep.ch

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS



ZUSAMMENFASSUNG DER NOVEMBER-SESSION 2025

Eintretensdebatte zum Budget 2026

Der Walliser Grosse Rat hat am Montag, 10. November, seine ersten Beratungen über das Budget 2026 des Staates Wallis aufgenommen. Der vom Staatsrat vorgelegte Entwurf sieht ein Gesamtvolumen von **4,77 Milliarden Franken** vor, was einer Steigerung von 4,7 % gegenüber dem Budget 2025 entspricht, und weist ein **nahezu ausgeglichenes Finanzergebnis** mit einem Überschuss von **100'000 Franken** in der Erfolgsrechnung aus.

Um dieses ausgeglichene Budget zu erreichen, beabsichtigt die Regierung, **126,5 Millionen Franken aus den Reserven** einzusetzen. Gleichzeitig plant der Kanton Wallis, ein hohes Investitionsniveau in der Höhe von **529 Millionen Franken** beizubehalten. Das Budget sieht zudem die Schaffung von **96 zusätzlichen Stellen** vor (davon 21 für die Verwaltung, 22 für die Behörden, 10 im Fonds FIGI und 43 selbstfinanzierte), um dem steigenden Bedarf in verschiedenen Bereichen der Verwaltung gerecht zu werden. **Ferner ist hervorzuheben, dass im Budget 2026 auch ein Teuerungsausgleich von 0,6 % berücksichtigt wurde.**

Die politischen Fraktionen vertreten unterschiedliche Meinungen: **Einige werfen der Politik vor**, «über ihren Verhältnissen zu leben», und fordern einen effizienteren Staat. **Andere zeigen sich besorgt** über den kontinuierlichen Abbau der Reserven und die langfristige Tragfähigkeit der Kantonsfinanzen oder plädieren für eine bessere Priorisierung der Ausgaben, insbesondere bei der Strasseninfrastruktur. **Wieder andere fordern** eine Erhöhung der Mittel für die Sozial- und Lohnpolitik bei gleichzeitiger Unterstützung einer gerechten Besteuerung. **Die letzten befürworten** zusätzliche Investitionen in den Bereichen Klima, Prävention und Weidewirtschaft in Höhe von rund **1,45 Millionen Franken**. Die Detailberatungen zu den **170 eingereichten Änderungsanträgen** finden in der Dezembersession statt. Die Schlussabstimmung ist für den 19. Dezember 2025 angesetzt.

Der Staatsrat betont, dass das Budget 2026 die **doppelte Schuldenbremse** einhält und gleichzeitig versucht, finanzielles Gleichgewicht, administrative Effizienz und Aufrechterhaltung der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen in Einklang zu bringen.

Der ZMLP begrüsst die Vorschläge des Budgets 2026, das einen Teuerungsausgleich von 0,6 % sowie 53 neue Stellen vorsieht (21 für die Verwaltung, 22 für die Behörden und 10 für den Fonds FIGI). Angesichts des stetigen Bevölkerungswachstums steigen die Bedürfnisse und Anforderungen weiter, während der Personalbestand unverändert bleibt, was zu einer zunehmend höheren und schwierig zu bewältigenden Belastung in Bezug auf Gesundheit und Stress am Arbeitsplatz führt. Dieses Budget ist ausgeglichener als die vorhergehenden, was insbesondere auf

eine Neueinschätzung der Steuern für natürliche und juristische Personen sowie der Grundstücksgewinnsteuer zurückzuführen ist. **Der ZMLP fordert seit mehreren Jahren ein solches Gleichgewicht zwischen Budget und Rechnung** und beglückwünscht den Staatsrat zu dieser Anpassung.

Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei

Ab nächstem Jahr – sofern es zu keinen Verzögerungen kommt – werden Polizistinnen und Polizisten der Walliser Kantonspolizei gelegentlich eine kleine Körperkamera an der Brust tragen. Der Grosse Rat hat den Einsatz dieses neuen Hilfsmittels in das Gesetz über die Kantonspolizei aufgenommen. Grundsätzlich stehen alle politischen Kräfte der Einführung von Bodycams positiv gegenüber, da sie zur Deeskalation in Konfliktsituationen beitragen und die Identifikation von Straftäterinnen und Straftätern erleichtern. Ihre Verwendung wird in einer Verordnung des Staatsrats geregelt.

Auch wenn der ZMLP die Notwendigkeit versteht, die Polizeikräfte mit einem solchen Hilfsmittel auszustatten, bleibt es ein sensibles und heikles Thema, da es die Privatsphäre betrifft. Der ZMLP wird darauf achten, dass Entgleisungen, die den angestrebten Zielen zuwiderlaufen könnten, vermieden werden.

Spital Wallis – Bürgschaft von 294 Millionen

Der Grosse Rat hat eine zusätzliche Rahmenbürgschaft in Höhe von 294 Millionen Franken für das Spital Wallis mehrheitlich bewilligt. Diese neue Bürgschaft dient vor allem dazu, die Mehrkosten für die Bauarbeiten an den Spitälern Sitten und Brig sowie dringende Massnahmen im Spital Malévoz zu decken. Es sei daran erinnert, dass eine Bürgschaft kein Geld ist, das an das Spital Wallis gezahlt wird, sondern dass der Staat lediglich für das Spital bürgt.

Der ZMLP versteht dieses neue Gesuch um Bürgschaft zur Gewährleistung der finanziellen Stabilität, da das Spital Wallis nicht in der Lage sein wird, sämtliche in den kommenden Jahren notwendigen Investitionen selbst zu tragen. Es ist bedauerlich, dass dabei Zeit verloren ging; schliesslich ist der Bedarf im Spitalbereich seit Langem bekannt. Die Gesundheit geht alle an, und es wäre heute unvorstellbar, die laufenden Spitalprojekte und die dringend notwendigen Massnahmen im Bereich der Psychiatrie im Spital Malévoz zu stoppen.

Veröffentlichung eines Interessenregisters für leitende Verwaltungsbedienstete

Der Grosse Rat hat eine Motion angenommen, welche die Veröffentlichung eines Interessenregisters für leitende Verwaltungsbedienstete fordert. Diese Motion fordert, dass ein Register über die Interessen von Dienstchefs und Adjunkten öffentlich zugänglich gemacht wird, wie dies bereits für gewählte Vertretende auf allen Ebenen der Fall ist. Laut den Motionären führen die Dienstchefs und ihre Adjunkten Departemente,

vergeben Aufträge, bereiten politische Entscheide vor und verhandeln mit Partnern, Gemeinden und Unternehmen. Sie haben Macht, die kontrolliert werden muss, und zwar nicht aus Misstrauen, sondern um Vertrauen sichtbar zu machen.

Der ZMLP zeigt sich besorgt über den Inhalt dieser Motion. Tatsächlich werden die privaten Mandate von leitenden Bediensteten bereits registriert, aber nicht veröffentlicht, da sie in die Privatsphäre der Mitarbeitenden fallen. Zudem gibt es eine Regelung über Unvereinbarkeiten für Staatsangestellte, die zahlreiche Schutzmechanismen vorsieht. Es gilt, politische Mandate von beruflichen Aufgaben zu unterscheiden, da die Interessen nicht dieselben sind. Die gewählten Vertreterinnen und Vertreter befassen sich aufgrund ihrer Funktion mit sehr unterschiedlichen Themen im Parlament. Der ZMLP erachtet diese Massnahme daher als unnötig, da die bestehenden Instrumente den Vorbildcharakter der leitenden Bediensteten belegen, die für die ordnungsgemässe Verwaltung der öffentlichen Gelder zuständig sind. Sollte dennoch ein Register der Interessenbindung von leitenden Verwaltungsbediensteten veröffentlicht werden, müsste ein solches aus Gründen der Gleichbehandlung auch für die Gerichtsbehörden, die Justiz, die Polizei und den parastaatlichen Sektor (Institutionen, Spital Wallis etc.) gelten.

Zusammenfassung

Organisation der KESB

Der Grosse Rat fordert die Regierung auf, die Teams der KESB (Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde) zu verstärken, insbesondere durch die Schaffung neuer Stellen, da der starke Anstieg der Fälle angemessene Lösungen erfordert. Zurzeit beträgt die Wartezeit für eine Anhörung bei der KESB mehrere Monate.

Auch der ZMLP sieht Bedarf an zusätzlichem Personal zur Deckung der Nachfrage im Bereich der KESB. Er betont zudem, dass auch in anderen Bereichen des Staates Wallis zusätzliche Vollzeitäquivalente notwendig sind, um den Erwartungen der Walliser Bevölkerung gerecht zu werden und die Mitarbeitenden zu entlasten.

Unterstützung für betreutes Wohnen

Der Grosse Rat hat zugestimmt, betreute Wohnangebote stärker zu fördern, um der Alterung der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Diese Wohnform ermöglicht es, länger autonom zu bleiben, die Lebensqualität zu bewahren und die Kosten im Zusammenhang mit den Bedürfnissen älterer Menschen zu senken.

Da die Mitglieder des ZMLP eines Tages mit dieser Thematik konfrontiert oder sogar direkt davon betroffen sein werden, unterstützt der ZMLP den Entscheid des Grossen Rates. Statistiken zeigen nämlich, dass die Bevölkerung immer älter wird. Deshalb braucht es mittel- und langfristige Lösungen, um den Erwartungen unserer älteren Mitmenschen gerecht zu werden.

Sitten, 26.11.2025

Stéphane Pont – Generalsekretär